

Standpunkt

Klimapolitik

Mit dem Klimageld verlorenes Vertrauen zurückgewinnen

Zum Jahreswechsel ist der CO₂-Preis von 30 auf 45 Euro pro Tonne gestiegen. Über die Einführung des Klimagelds herrscht jedoch weiterhin keine Einigkeit innerhalb der Bundesregierung. Die Minister Robert Habeck und Christian Lindner sind gegen eine Auszahlung in dieser Legislaturperiode, während die SPD sich wenig engagiert zeigt. Dabei ist klar: Ohne einen sichtbaren und wirkungsvollen sozialen Ausgleich für den steigenden CO₂-Preis steht das Vertrauen in die Klimapolitik auf dem Spiel.

Von Daniel Eggstein

Der CO₂-Preis ist ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Klimapolitik. Jedoch kann er ohne das Klimageld diese Funktion nicht erfüllen. Die politische Akzeptanz hoher und effizienter CO₂-Preise ist untrennbar mit einem wirksamen und sichtbaren Ausgleichsmechanismus verbunden. Ist das nicht der Fall, wird der CO₂-Preis weiterhin ein Spielball politischer Interessen bleiben und nie das Preisniveau erreichen, das aus klimapolitischer Sicht notwendig wäre. Zuletzt hat die Bundesregierung die geplante Erhöhung des CO₂-Preises aufgeschoben, als im Zuge des russischen Angriffskrieges die Preise für fossile Brennstoffe explodierten. Zudem verstärkt der CO₂-Preis die soziale Ungleichheit, da untere Einkommensgruppen besonders stark von Preissteigerungen bei fossilen Brennstoffen betroffen sind und nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um auf klimaneutrale Alternativen umzusteigen.

Ab 2027 gibt es einen EU-weiten CO₂-Handel für die Bereiche Gebäude und Verkehr. Dadurch stellt sich die Frage nach einem effektiven sozialen Ausgleich zur CO₂-Bepreisung noch dringlicher. Aktuell gibt es einen Festpreis mit klarem Preispfad. Künftig bildet sich der Preis in einem Handelssystem mit einer stetigen Reduktion der verfügbaren CO₂-Menge. Dadurch sind ein wesentlich höheres Preisniveau und Preisschwankungen möglich. Ohne sozialen Ausgleich steht die gesellschaftliche Akzeptanz des europaweiten Emissionshandels auf der Kippe.

An dieser Stelle kann das Klimageld ansetzen. Hier verteilt der Staat die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Bevölkerung in monatlichen Raten zurück und gleicht damit die regressive Wirkung der CO₂-Bepreisung aus. Menschen mit wenig Geld bekommen in der Regel mehr zurück, als sie ausgegeben haben, weil sie weniger CO₂ ausstoßen. Dies ist unabhängig davon, ob das Klimageld als Pro-Kopf-Variante oder in Form einer sozialen Staffelung gestaltet wird. Letztere wäre zwar komplexer in der Umsetzung, würde aber dem Gerechtigkeitsgefühl vieler Menschen eher entsprechen.

So einfach die Idee des Klimagelds, so kompliziert scheint aktuell die Umsetzung. Zwar hat die Bundesregierung mit dem Aufbau eines Auszahlungsmechanismus begonnen, jedoch ist unklar, wann dieser einsatzfähig ist und welche Behörde zuständig sein soll. Noch schlimmer steht es um die Erarbeitung eines Gesetzentwurfs. Dazu gibt es bisher nicht einmal Gespräche unter den Ampelparteien. Wenn die Ampel ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einhalten und eine Umsetzung in dieser

Legislaturperiode nicht aus dem Blick verlieren möchte, dann darf sie eine politische Einigung beim Klimageld nicht länger aufschieben. Die Bundesregierung muss nun zeigen, dass sie aus der Debatte über das Heizungsgesetz gelernt hat und darf beim Klimageld nicht weiter zögern. Eine schnelle Auszahlung des Klimagelds kann dabei helfen, verloren gegangenes Vertrauen in eine erfolgreiche Klimapolitik zurückzugewinnen.

Dabei darf die Frage der Finanzierung des Klimagelds einer Einigung nicht im Wege stehen. Richtig ist: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Sondervermögen vom November 2023 ist die Finanzierung des Klimagelds nicht einfacher geworden. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung werden dringender denn je für die Finanzierung notwendiger Klimaschutzmaßnahmen benötigt. Für die Akzeptanz von Klimapolitik und gesellschaftlichen Zusammenhalt wäre jedoch fatal, wenn in dieser Situation Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gegeneinander ausgespielt werden. Das Klimageld darf nicht zum Opfer einer unnötigen Sparpolitik werden. Vielmehr muss die Antwort auf die Haushaltsskrise ein Kurswechsel in der Finanz- und Haushaltspolitik sein, die Spielräume für notwendige Investitionen schafft, etwa durch eine Reform der Schuldenbremse. Zudem gehört es auch zu einer sozial gerechten Klimapolitik, dass zentrale klimapolitische Maßnahmen auch über progressiv erhobene Steuern finanziert werden. Dazu bedarf es einer mutigen Politik, die hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker besteuert und diese Gelder zur Lösung der Klimakrise heranzieht.

AUTOR + KONTAKT

Daniel Eggstein ist Referent für Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit bei der Klima-Allianz Deutschland.
Klima-Allianz Deutschland e. V., Invalidenstr. 35, 10115 Berlin.
E-Mail: daniel.eggstein@klima-allianz.de